

20.02.2019

Zumeldung zur Pressemitteilung des Kultusministeriums Nr. 15/2019: Modellrechnung zum Lehrerbedarf 2020 bis 2030

Beibehaltung aller Lehrerstellen in der Flüchtlingsbeschulung positiv

Modellrechnung des Kultusministeriums noch unzureichend

Berufliche Schulen brauchen mehr Stellen

BLV-Vorschläge zur Nachwuchsgewinnung bleiben ungehört

Endlich erstellt das Kultusministerium eine Prognose für den Lehrerbedarf im kommenden Jahrzehnt. Der BLV begrüßt den Ausweis von Neustellen z. B. für den Ausbau Ethik, zur Erhöhung der Leitungszeit, des allgemeinen Entlastungskontingents, zum Abbau der Bugwelle und die Beibehaltung der Stellen für die Flüchtlingsbeschulung. Der Wille zur Schaffung von Neustellen ist also vorhanden, lobte BLV-Vorsitzender Herbert Huber das Kultusministerium für die vorgelegte Prognose.

Der BLV fordert das Kultusministerium auf, den beruflichen Bereich für Lehrer generell attraktiver zu gestalten. Dazu gehören u. a.: Ein geringeres Deputat, berufliche Perspektiven, bessere Bezahlung!"

Allerdings dürfen sich die Planungsfehler der Vergangenheit nicht wiederholen. „Neben Licht, sehen wir leider auch viel Schatten. Und es besteht die Gefahr, dass die Beruflichen Schulen auch in Zukunft Mangelverwaltung betreiben müssen“, stellt Herbert Huber fest. Die Fehlplanungen der Vergangenheit können kurzfristig nicht korrigiert werden, so ist es unmöglich alle dringend benötigten Stellen sofort zu schaffen und mit Lehrkräften zu besetzen. Da das Kultusministerium den Beruflichen Schulen von 2020 bis 2030 jährlich einen Bewerbermangel von bis zu 350 Personen prognostiziert, können die geplanten Neustellen nicht besetzt werden. Herbert Huber weist darauf hin, dass sich jeder ausgewiesene Neustellenbedarf sofort in Luft auflöst, wenn keine Lehrer eingestellt werden

Seite 1 von 7

können. Nicht berücksichtigt sind in der Prognose bildungspolitische Vorhaben in den Schularten der Beruflichen Schulen.

Die vorliegende Modellrechnung des Kultusministeriums kann daher nur ein erster Vorschlag sein. Nach Auffassung des BLV benötigen die Beruflichen Schulen deutlich mehr Lehrerstellen. „Gerne tauschen wir uns mit der Kultusministerin aus und bringen unsere Zahlen in die Planungen mit ein“, zeigt sich der BLV-Vorsitzende gesprächsbereit. Nach Auffassung des BLV spiegelt die Modellrechnung leider nur einen Teil des Stellenbedarfs wieder. So soll mit insgesamt 60 Stellen eine Bugwelle von 1.850 Lehrerstellen abgebaut werden. „Da muss deutlich mehr kommen, ansonsten sind unsere Enkelkinder noch mit dem Abbau der Überstunden beschäftigt“, fordert der BLV-Vorsitzende Herbert Huber.

In der Modellrechnung taucht die Einführung eines zweiten Berufsschultages, wie sie im Koalitionsvertrag beschlossen wurde, überhaupt nicht auf. Dafür bräuchte es in den nächsten Jahren 350 zusätzliche Lehrerstellen.

Grün-Schwarz hat im Koalitionsvertrag beschlossen, attraktive Angebote für leistungsschwächere sowie für leistungsstarke junge Menschen zu machen. Um den Berufsschülern z.B. ausbildungsbegleitend einen mittleren Bildungsabschluss oder den Erwerb der Fachhochschulreife zu ermöglichen, soll im Rahmen eines Schulversuchs der zweite volle Berufsschultag eingeführt werden. Damit könnte der wöchentliche Berufsschulunterricht, der derzeit 13 Wochenstunden umfasst, auf 16 Wochenstunden ausgedehnt werden. In diesem Zeitfenster könnten bei leistungsschwächeren Schülern bestehende Defizite ausgeglichen werden, um Schul- und Ausbildungsabbrüche zu verhindern und erfolgreiche Abschlüsse zu erzielen. Bei leistungsstärkeren Schülern können Zusatzqualifikationen vermittelt werden, z.B. Mittlere Reife, Fachhochschulreife, Fremdsprachen, berufsbezogene Qualifikationen, Module, die für ein anschließendes Hochschulstudium anrechenbar sind. Zum Schuljahr 2017/2018 starteten nach Aussage des KM 13 Modellschulen. „Wir begrüßen ausdrücklich den zweiten vollen Berufsschultag. Allerdings ist das nicht zum Nulltarif zu haben!“ betont Herbert Huber.

Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen muss die schulbezogene Vertretungsreserve mit deutlich mehr Stellen als vorausberechnet aufgebaut werden. Hierdurch entsteht ein Bedarf in Höhe von 416 Lehrerstellen für die Beruflichen Schulen.

Wenn auch in den letzten Jahren das strukturelle Unterrichtsdefizit schrittweise abgebaut werden konnte, sind die Beruflichen Schulen von einer ausreichenden Unterrichtsversorgung noch weit entfernt. Zwar weist die Landesregierung darauf hin, dass für die Beruflichen Schulen im Schuljahr 2018/2019 landesweit 310 Deputate für die festinstallierte Vertretungsreserve zur Verfügung stünden¹, dies ist jedoch lediglich eine Luftbuchung. Solange der Pflichtunterricht aufgrund der strukturellen Unterversorgung noch nicht voll erteilt werden kann, gibt es eine Lehrerreserve nur auf dem Papier. Um Unterrichtsausfälle wegen Erkrankungen, Mutterschutz und Erziehungszeiten zu vermeiden, muss eine schulbezogene Lehrerreserve aufgebaut werden. Das bedeutet, dass jede Schule eine volle Unterrichtsversorgung braucht und zusätzlich einen Zusatzbereich, der pro gebildete Klasse im Vollzeitbereich mindestens eine Lehrerwochenstunde und im Teilzeitbereich eine halbe Lehrerwochenstunde umfasst. Hierdurch entsteht ein Bedarf in Höhe von 416 Lehrerstellen für die Beruflichen Schulen. Das Ministerium sieht für alle Schularten gerade einmal 334 zusätzliche Stellen vor.

Die Befunde der Vergleichsuntersuchung VERA 8 machen Poolstunden, wie es sie an anderen Schularten gibt, erforderlich. Für diese Maßnahmen werden rund 230 Lehrerdeputate benötigt.

Die schlechten Ergebnisse von VERA 8 haben uns nicht überrascht. Erfahrungen aus den Eingangsklassen der Beruflichen Gymnasien und der Berufskollegs bestätigen, dass viele Absolventinnen und Absolventen der Werkrealschulen – im geringeren Umfang auch aus Realschulen – zwar mit guten Noten aufgenommen werden, im Unterricht aber große Schwierigkeiten haben, die Versetzung zu erreichen. Probleme zeigen sich nicht nur in

¹ Quelle: Organisationserlass des Kultusministeriums vom 8. März 2018

Mathematik und Deutsch, sondern auch in den Naturwissenschaften. Deshalb fordert der Berufsschullehrerverband (BLV) zusätzliche Wochenstunden in diesen Fächern, um in den Eingangsklassen bestehende Lücken auszugleichen. Innerhalb der normalen Stundentafel können diese Defizite an den Beruflichen Schulen nicht mehr ausgeglichen werden. Darüber hinaus sollten in Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs die Möglichkeiten der individuellen Förderung ausgebaut werden. Auch Werkreal- und Realschüler müssen eine realistische Chance auf den Erwerb höherer Bildungsabschlüsse haben, wenn die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Bildungswesens erhalten bleiben soll. Für diese Maßnahmen werden rund 230 Lehrerdeputate benötigt.

„Das Jammern der Politik es fehle der Lehrernachwuchs muss aufhören. Es ist endlich Zeit für ein nachhaltiges Konzept zur Lehrgewinnung“, fordert der Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes. Der BLV empfiehlt ein ganzes Maßnahmenpaket. Zur Koordination und Steuerung dieser Maßnahmen braucht es eine Stabsstelle in der Beruflichen Abteilung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung.

Der BLV hat bereits am 06.09.2018 im Rahmen seiner Landespressekonferenz zu Schuljahresbeginn detaillierte Vorschläge zur Nachwuchsgewinnung unterbreitet. Bis heute warten wir auf eine Antwort. Wer gut ausgebildete Lehrkräfte einstellen will, muss nach Auffassung des BLV langfristig und kreativ planen. Folglich müssen heute die richtigen Entscheidungen getroffen werden, ansonsten droht in Zukunft an den Beruflichen Schulen ein ebenso großer Lehrermangel wie aktuell an den Grundschulen.

Unsere Vorschläge zur Nachwuchsgewinnung:

- Einstellung der Referendarinnen und Referendare zum 01.08.
- Direkt-Werbung an den Universitäten bzw. an und in allen Hochschulen bei den Studentinnen und Studenten durch Personal des Kultusministeriums
- Flexible und attraktive Gestaltung einschlägiger Studiengänge, vergleichbar mit einem Konzept an der Technischen Universität München (vgl. Master Berufliche Bildung Integriert - für Ingenieure -

<https://www.edu.tum.de/en/studies/study-programs/master-berufliche-bildung-integriert-fuer-ingenieure-ingenieurwissenschaften/>

- Zwei Zeitpunkte des Beginns des Referendariats (September / Januar)
Einstellungszusagen als Instrument zur Nachwuchsgewinnung in Engpassfächern
- Im Zuge der Reform des Beruflichen Gymnasiums: Forderung nach einem Wahlfach, das für Schüler*innen die Möglichkeit eröffnet, berufs- und wirtschaftspädagogische Lehrerfahrungen zu sammeln
- Informationsflyer für angehende Abiturientinnen und Abiturienten
- Informationsbroschüren über dringend benötigte Lehrämter für die Zielgruppe der Berufsberaterinnen und Berufsberater zur fundierten Beratung angehender Abiturientinnen und Abiturienten
- Stipendien und Darlehen zur Förderung von einschlägigen Masterstudiengängen mit dem Berufsziel Lehrer oder Lehrerin an einer Beruflichen Schule
- Eigene Stabsstelle oder eigenes Referat für „Nachwuchsgewinnung, Lehrerbildung und Lehrerausbildung“ in der Abteilung „Berufliche Schulen“ im Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung
- Außertarifliche und an der Erfahrung der Bewerber*innen orientierte Zulagen für Direkteinsteiger*innen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt
- Attraktive Einstiegsgehälter und mehr Beförderungsstellen als berufliche Perspektive
- Bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer

Besonders die Arbeitsbedingungen müssen dringend verbessert werden. Ständige Mehrarbeit und Klassenzusammenlegungen im Krankheitsfall. Immer neue Zusatzaufgaben ohne Zeitausgleich. „Die Arbeitsbelastung ist zu hoch! Das muss weniger werden“, fordert Herbert Huber. Lehrerinnen und Lehrer brauchen Zeit für den Unterricht, vor allem für Vor- und Nachbereitung. **Wenn es dem Kultusministerium zukünftig um Unterrichtsqualität geht, muss mehr Zeit für das Vorbereiten und Nachbereiten von vornherein vorgesehen und die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte**

gesenkt werden, forderte Herbert Huber. Schon heute gibt es Schulen, die mit guten Konzepten arbeiten, etwa ihre Unterrichtseinheiten und Arbeitsblätter im Team erarbeiten wollen. So wird auch eine qualitativ hochwertige Vertretung im Krankheitsfall möglich. Für einen guten Unterricht fordert der BLV das Kultusministerium auf, die Arbeitsbelastung (siehe Anhang 1) der Lehrkräfte ernsthaft in den Blick zu nehmen. Selbstverständlich ist der BLV bereit, bei einem nachhaltigen Konzept zur Reduzierung der Arbeitsbelastung und zur Nachwuchsgewinnung mitzuarbeiten.

Weitere Schritte müssen dringend folgen. So werden nach wie vor die Referendare zu Beginn der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen, um sie dann zum Schuljahresbeginn wieder einzustellen. Der BLV fordert die Einstellung der Referendare zum 01.08. eines Jahres vorzunehmen. Seit langem weist der BLV auf die Notwendigkeit einer frühzeitigen Lehrereinstellung hin. Dazu braucht man rechtzeitig mehr Lehrerstellen für die Ausschreibungsrunden und flexiblere Maßnahmen der Lehrergewinnung. Das Kultusministerium täte gut daran, Werbeanzeigen in Printmedien oder in digitalen Medien wie z.B. auf der schuleigenen Homepage zuzulassen.

Kontraproduktiv ist außerdem die Praxis der Landesregierung, in den Arbeitsverträgen mit Vertretungslehrkräften eine Befristung bis zum letzten Schultag vorzusehen, sie also freizusetzen, um sie zu Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres mit neuem Befristungsgrund wieder einzustellen. Im Übrigen geschieht das auch dann, wenn der neue Befristungsgrund schon im alten Schuljahr bekannt ist. Wir fordern die Landesregierung auf, befristete Arbeitsverträge immer auf das Schuljahr (01.08. bis 31.07. des Folgejahres) abzuschließen, um diese Benachteiligung der befristet eingestellten Lehrkräfte zu vermeiden, so Herbert Huber abschließend.

* * *

An den Beruflichen Schulen werden im laufenden Schuljahr landesweit rund 348.500 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

*

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

*

Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) hat im Bereich der Beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

*

verantwortlich i. S. d. P.
Herbert Huber, Kniebisstr. 7a, 77767 Appenweier

Fon: 07805 910907 Mobil: 0170 5539188
Fax: 07805 910908
Mail: info@blv-bw.de

Pressereferent: Thomas Speck Tel. 0163 9715278

Ein Foto von Herrn Huber erhalten Sie über folgenden Link:
https://blv-bw.de/wp-content/uploads/2013/11/Herbert-Huber-2016-02-16_03.jpg